

Gemeinde fällt (Burchardt 2001: 341). Beispielsweise ist die Haushaltskontrolle des Gemeinderates in der Praxis nur schwach ausgeprägt. Darüber hinaus bestimmt auch die Parteizugehörigkeit des:der Bürgermeister:in interessengeleitete Entscheidungen. Die ausgeprägte Patronagepolitik trägt nicht zuletzt dazu bei, dass nach Wahlen sowohl auf Gemeinde- als auch auf Provinzebene politische Ämter nach Parteizugehörigkeiten vergeben werden. Dies verhindert nicht selten eine Kontinuität von Expertise und politischen Leitlinien und führt gleichzeitig dazu, dass die Gemeindeverwaltungen einen großen Stab an Beschäftigten haben mit dem sie politische Gefälligkeiten bedienen (Hartmann 2017).

5.4 Zwischenfazit

In diesem Kapitel habe ich meine kollektive Fallstudie zu den Minen Cerro Vanguardia und Veladero in die regionalen Dynamiken der Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben eingebettet. Seit den 1990er Jahren findet eine geographische Restrukturierung von ausländischen Kapitalinvestitionen statt, die zunehmend in den lateinamerikanischen Bergbausektor fließen. Diese ist unter anderem auf die Liberalisierung der nationalen Bergbaugesetzgebungen und technologischen Innovationen im Bereich der Fördermethoden zurückzuführen. Vor allem die industrielle Gewinnung von Gold in Tagebaubergwerken erfordert einen hohen Einsatz an Ressourcen, deren Verwendung und mögliche sozialökologische Auswirkungen häufig zu Konflikten in Abbauregionen führen.

Argentinien führte in den 1990er Jahren eine Reformierung der nationalen Bergbaugesetzgebung durch, die die Grundlage einer erstmaligen Förderung von Metallen im großen Stil darstellt. Aufgrund der föderalen Struktur Argentiniens bildet das nationale Bergbaugesetzbuch einen übergeordneten Regulierungsrahmen. Die Provinzen als Eigentümer von Untergrundrohstoffen setzen diesen in Provinzrecht um. Ebenso verfügen sie über Kontroll- und Zugriffsrechte über den Bergbausektor. Dies hat im Laufe der 2000er Jahre dazu geführt, dass – auch bedingt durch Konflikte um Bergbau – einige Provinzen eine restriktive Gesetzgebung erlassen haben und die industrielle Förderung im Tagebau sowie den Einsatz der Chemikalie Zyanid verboten.

Die relative Autonomie der Provinzregierungen gegenüber der nationalen Regierung hat zudem dazu geführt, dass die Ausgestaltung der Bergbaugesetzgebung in den Provinzen Besonderheiten wie die Verteilung der Lizenz-

gebühren aufweist. Zudem haben die Provinzen, die auf die Förderung industrieller Bergbauvorhaben setzen, weitere Mechanismen entwickelt, mit denen sie zusätzliche Staatseinnahmen über die Bergbauförderung generieren können (z.B. provinzeigene Unternehmen, Treuhandfonds).

Die Gemeinden haben im politischen System Argentiniens kaum Autonomie und sind abhängig von Finanztransfers der Provinz- und nationalen Regierung. Gleichzeitig sind sie für die Implementierung von politischen Programmen der Provinz- oder der nationalen Regierung zuständig. Insofern nehmen die Gemeinden und vor allem der/die Bürgermeister:in eine zentrale Rolle ein, die Empfänger:innen von Gütern und Leistungen auszuwählen.

Im Kontext der Ausweitung industrieller Goldbergbauvorhaben sind die Gemeinden die Orte, an denen sich die Betreiber der Minen ansiedeln. Wie sie auf diese Gemeinden Einfluss nehmen, sozialräumliche Restrukturierungsprozesse anstoßen, lokale Beteiligungsräume schaffen und Programme zur Förderung lokaler Entwicklung implementieren, arbeite ich anhand meiner Fälle in den nächsten beiden Kapiteln heraus.

